

3**AK Armutsbekämpfung****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mehrwertsteuersätze anpassen**

1 Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt
 2 unserer sozialdemokratischen Vision. Als
 3 SPD setzen wir uns für eine gerechte Ver-
 4 teilung von Wohlstand, Chancengleichheit
 5 und sozialen Schutz für alle Bürger*innen
 6 ein. Angesichts der wirtschaftlichen und
 7 sozialen Herausforderungen, vor denen
 8 unser Land steht, sehen wir die Notwendig-
 9 keit, die Mehrwertsteuersätze anzupassen,
 10 beziehungsweise neu zu regeln:

- 11 1. Der Mehrwertsteuersatz auf Trinkwas-
 12 ser, Obst, Gemüse, Nüsse, Getreide,
 13 Hülsenfrüchte, Knollen, Wurzeln, Mül-
 14 lereierzeugnisse, Tee, Kaffee, Gewürze,
 15 Backwaren, Hygieneartikel und Arznei-
 16 mittel ist auf 0% zu setzen. Diese Wa-
 17 rengruppe für Produkte des lebensnot-
 18 wendigen, unmittelbaren Bedarfs ist
 19 eindeutig festzulegen.
- 20 2. Entsprechend der aktuellen Lebensrea-
 21 litäten ist die Liste der Waren und
 22 Dienstleistungen mit einer Besteue-
 23 rung von 7% für die Bedarfe des tägli-
 24 chen Lebens und der Mehrwertsteuer-
 25 satz von 19% für Konsumprodukte neu
 26 zu ordnen und anzupassen.
- 27 3. Um unter anderem auch Steuerausfäl-
 28 le zu kompensieren, sind Produkte und
 29 Dienstleistungen zu definieren, die ein-
 30 deutig zu zusätzlichen und sogenann-
 31 ten "Luxusbedarfen" zu zählen sind. Es
 32 gilt hier ebenfalls, ein besonderes Au-
 33 genmerk auf klimaschädliche Produkte
 34 und Dienstleistungen zu legen. Hier ist
 35 ein Mehrwertsteuersatz von 21% einzu-
 36 führen.
- 37 4. Mit einer progressiven Steuerpolitik in
 38 Bezug zu Vermögen und Einkommen,
 39 die dem Anspruch einer echten Umver-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Kein Kon-
sens)**

Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt
 unserer sozialdemokratischen Vision. Als
 SPD setzen wir uns für eine gerechte Ver-
 teilung von Wohlstand, Chancengleichheit
 und sozialen Schutz für alle Bürger*innen
 ein. Angesichts der wirtschaftlichen und
 sozialen Herausforderungen, vor denen
 unser Land steht, sehen wir die Notwendig-
 keit, die Mehrwertsteuersätze anzupassen,
 beziehungsweise neu zu regeln:

1. Der Mehrwertsteuersatz auf Trinkwas-
 ser, Obst, Gemüse, Nüsse, Getreide,
 Hülsenfrüchte, Knollen, Wurzeln, Mül-
 lereierzeugnisse, Tee, Kaffee, Gewürze,
 Backwaren, Hygieneartikel und Arznei-
 mittel ist auf 0% zu setzen. Diese Wa-
 rengruppe für Produkte des lebensnot-
 wendigen, unmittelbaren Bedarfs ist
 eindeutig festzulegen.
2. Entsprechend der aktuellen Lebensrea-
 litäten ist die Liste der Waren und
 Dienstleistungen mit einer Besteue-
 rung von 7% für die Bedarfe des tägli-
 chen Lebens und der Mehrwertsteuer-
 satz von 19% für Konsumprodukte neu
 zu ordnen und anzupassen.
3. Um unter anderem auch Steuerausfäl-
 le zu kompensieren, sind Produkte und
 Dienstleistungen zu definieren, die ein-
 deutig zu zusätzlichen und sogenann-
 ten "Luxusbedarfen" zu zählen sind. Es
 gilt hier ebenfalls, ein besonderes Au-
 genmerk auf gesundheits- und klima-
 schädliche Produkte und Dienstleistun-
 gen zu legen. Hier ist ein Mehrwert-
 steuersatz von 21% einzuführen.
4. Mit einer progressiven Steuerpolitik in
 Bezug zu Vermögen und Einkommen,
 die dem Anspruch einer echten Umver-

40 teilung folgt, somit ebenfalls dem Ziel
41 einer deutlichen Anhebung des Höchst-
42 steuersatzes folgt und Freibeträge nach
43 oben anpasst, kann eine über Konsum-
44 güter regulierte Mehrwertsteuer in der
45 Perspektive entfallen.

46

47 **Begründung**

48 In Deutschland geht die Einkommens- und
49 Vermögensschere immer weiter auseinander.
50 In den letzten Jahren sind die Löhne nominal
51 kaum gestiegen, unter Berücksichtigung der
52 Preissteigerungen sind sie sogar gesunken.
53 Parallel dazu hat sich die Einkommensver-
54 teilung stark zugunsten von Kapitaleinkünf-
55 ten verschoben. Internationale Preisentwick-
56 lungen, Wechselkursveränderungen des Euro
57 zum US-Dollar, hohe Weltmarktpreise für En-
58 ergie und Rohstoffe, Lieferengpässe und nicht
59 zuletzt geopolitische Ereignisse wie der rus-
60 sische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben
61 zu einer Inflationsrate geführt, die für Men-
62 schen bis tief in die Mittelschicht existen-
63 ziell bedrohlich ist. Diese Entwicklung wird
64 begleitet von einer immer stärker wachsen-
65 den Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Da-
66 durch ist ein reichhaltiger Nährboden für po-
67 pulistische und extremistische Rhetorik ent-
68 standen, dem sich antidemokratische Partei-
69 en wie die AfD geschickt bedienen.

70 Ein vergleichsweise kostengünstiger, schnel-
71 ler und sichtbarer Hebel, um diesen Heraus-
72 forderungen zu begegnen, ist die Regulie-
73 rung durch einen Nullsteuersatz auf Grund-
74 nahrungsmittel und Arznei und einem Ver-
75 brauchshöchststeuersatz von 21% für Luxus-
76 güter. Es ist im Interesse des Gemeinwohls,
77 dass der Staat bei Mitteln der Basisversor-
78 gung eine ausgewogene und kontextualisier-
79 te Besteuerung sicherstellt. Die Bundesre-
80 gierung muss die Möglichkeit der Senkung
81 der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmit-
82 tel auf 0%, die es seit 2022 für alle EU-
83 Mitgliedsstaaten gibt, voll ausschöpfen. Da-
84 durch werden Verbraucher*innen unmittel-
85 bar finanziell entlastet. Da die Mehrwertsteu-

teilung folgt, somit ebenfalls dem Ziel
einer deutlichen Anhebung des Höchst-
steuersatzes folgt und Freibeträge nach
oben anpasst, kann eine über Konsum-
güter regulierte Mehrwertsteuer in der
Perspektive entfallen.

86 er eine regressive Steuer ist, profitieren Men-
87 schen mit kleinen und mittleren Einkommen
88 proportional stärker als diejenigen mit hohen
89 Einkommen. Insbesondere werden so Men-
90 schen kurz über der Armutsschwelle erreicht,
91 die mit Sozialleistungen nicht adressierbar
92 sind. Laut seriöser Umfragen gibt es hierzu
93 bereits eine breite Mehrheit und hohe Akzep-
94 tanz in der Bevölkerung. Es ist klug, daran an-
95 zuknüpfen und laut zu signalisieren, dass die
96 SPD bereit ist, proaktive Schritte zur Unter-
97 stützung der Bürger*innen zu unternehmen.